

URGENT ACTION

UMWELTSCHÜTZER_INNEN ERHALTEN MEHR SCHUTZ

KOLUMBIEN

UA-Nr: **UA-018/2021-1** AI-Index: **AMR 23/3944/2021** Datum: **7. April 2021** – sd

LUIS ALBERTO GONZÁLEZ LÓPEZ

und weitere Mitglieder der Umweltschutzorganisation FEDEPESAN

Im Februar nahmen die Drohungen gegen Luis Alberto González López massiv zu. Daraufhin forderte Amnesty International, gemeinsam mit anderen Organisationen, Schutzmaßnahmen für ihn und weitere Mitglieder der Umweltschutzorganisation FEDEPESAN. Jetzt wurden die Behörden aktiv: Am 26. Februar informierte der Bürgermeister der Gemeinde Barrancabermeja die Nationale Schutzeinheit über das erhöhte Sicherheitsrisiko, dem der Umweltschützer ausgesetzt ist und erkannte dessen Rolle als Menschenrechtsverteidiger an. Daraufhin wurden die Schutzmaßnahmen verstärkt.

Am 8. Februar hatten Unbekannte in der Nähe der Wohnung von Luis Alberto González López in Barrancabermeja Flugblätter mit Drohungen gegen den Umweltschützer verteilt. In dem Text wurde ihm eine Frist von 72 Stunden gesetzt, um die Region zu verlassen, ansonsten werde er zu einem militärischen Ziel erklärt. Luis González López ist der Vizepräsident von FEDEPESAN, einer Umweltschutzorganisation in der zentralkolumbianischen Region Magdalena Medio. Das Flugblatt war von der Guerillagruppe ELN unterzeichnet.

Die Mitglieder der Umweltschutzorganisation FEDEPESAN (Federación de Pescadores artesanales, ambientalistas, y turísticos del departamento de Santander), die sich für den Schutz der Wasserreserven und des Ökosystems in der Region Magdalena Medio einsetzt, sind in großer Gefahr. Seit September 2020 haben bewaffnete Gruppierungen mindestens fünf Drohbriefe an Mitglieder von FEDEPESAN gesandt, darunter drei Morddrohungen. Luis Alberto González López musste seinen Wohnort nach einem Mordversuch verlassen.

Nach nationalem und internationalem Druck trafen sich nun Vertreter_innen lokaler und nationaler Behörden mit FEDEPESAN und verstärkten die Schutzmaßnahmen für Luis Alberto González López. Am 26. Februar informierte der Bürgermeister der Gemeinde Barrancabermeja die Nationale Schutzeinheit (Unidad Nacional de Protección, UNP) über das erhöhte Sicherheitsrisiko. Daraufhin verstärkte die UNP ihr Schutzprogramm: Seit 3. März steht Luis Alberto González López ein_e Leibwächter_in und ein Fahrzeug zur Verfügung. Am 12. März fand ein Treffen des Bürgermeisters von Barrancabermeja mit Vertreter_innen von FEDEPESAN statt, um die Risikosituation zu besprechen. Außerdem trafen sich Vertreter_innen von FEDEPESAN Ende März mit dem Innenminister und weiteren Staatsvertreter_innen, um weitere institutionelle Unterstützung zu fordern.

Amnesty International wird die Sicherheitslage der indigenen Gemeinde weiterhin beobachten und im Falle neuer Zwischenfälle erneut aktiv werden.

Zurzeit sind keine weiteren Aktionen des Eilaktionsnetzwerkes erforderlich. Vielen Dank allen, die Appelle geschrieben haben.

Weitere Informationen zu **UA-018/2021**: AMR 23/3691/2021, 12. Februar 2021.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.
Urgent Actions Zinnowitzer Straße 8 . 53108 Bonn
T: +49 30 420248-0 . 178 . 531111 Bonn
T: +49 228 98373-0 . F: +49 228 630036 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

